

Stellungnahme zum Bebauungsplan für das Gebiet "Oberer Schulberg" und der Aufnahme in ein Sanierungsprogramm

Bereits am 22.11.2017 wurde der Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst und eine 2-jährige Veränderungssperre für das Plangebiet "Oberer Schulberg" zwischen dem Anton-Pilgram-Weg, der Eugen-Hermann-Straße, der Holdergasse und dem Terrassenhaus beschlossen. Wir haben uns damals als Fraktion bei der Abstimmung enthalten, weil für uns bezüglich der angedachten Umnutzung des Grundstücks des alten Kindergartens Oberer Schulberg und bei der Transparenz des Verfahrens bezüglich der Veränderungssperre noch Fragen offenstanden. Bezüglich der Veränderungssperre erreichten uns bislang keine negativen Rückmeldungen seitens der Anwohner, was ansonsten unsere Entscheidungsfindung beeinflusst hätte. So konnte unser Vertreter im Ausschuss für Umwelt und Technik, Mark Schachermeier, dem in der Sitzung am 25.07.2018 anstehenden **Beschluss zur Erstellung eines Bebauungsplans und der Aufnahme in ein Sanierungsprogramm zustimmen**. Beide Punkte erarbeitet nun eine externe Firma.

Es war uns schon in der Novembersitzung in 2017 wichtig, dass die im Bebauungsplan festzulegenden Vorgaben auch **mit den Grundstückseigentümern abzustimmen** sind. Es handelt sich bei dem Plangebiet schließlich nicht um ein Neubaugebiet, sondern um ein Gebiet mit bestehender Bebauung. In dem von der externen Firma zu erstellenden Bebauungsplan sehen wir einen Entwurfsvorschlag, den es, wie es auch die Gemeindeverwaltung zugesagt hatte, dann gemeinschaftlich zu diskutieren und bei Bedarf anzupassen gilt.

Gegenüber der im November genannten zeitlichen Planung ist die Beauftragung der externen Firma nicht zu Beginn 2018 sondern erst jetzt erfolgt. Wir gehen davon aus, dass mit dieser Verzögerung dennoch der enge **Zeitplan zur Erstellung des Bebauungsplans eingehalten** werden kann. Das Verfahren muss vor Ablauf der 2-jährigen Veränderungssperre abgeschlossen sein.

Im Bebauungsplan sehen wir als Zielsetzung den Charakter des Plangebiets zu erhalten und die vorhandenen Kleinode zu schützen. Wir verfolgen damit die gleiche Vorstellung wie die Gemeindeverwaltung. Ein für uns positiver Punkt ist deshalb der in der AUT-Sitzung vorgestellte Vorstoß, eine **Aufnahme des Gebietes in ein Sanierungsprogramm des Landes zu beantragen**. Wie schon beim Sanierungsgebiet Bahnhofstraße können so für Gebäudeeigentümer finanzielle Anreize geschaffen werden, um Renovierungen an bestehenden Bauten durchzuführen. Wir sehen diese Möglichkeit auch bei der in Gemeindebesitz befindlichen Museumsscheune als anwendbar und notwendig an. Seit dem Frühjahr 2017 ist die Scheune auf Grund von Auffälligkeiten bei einer statischen Untersuchung für die Öffentlichkeit gesperrt. Eine Instandsetzung der Scheune erhält unsere Unterstützung, da sie zusammen mit dem Ortsmuseum im alten Pfarrhaus, der im Hof befindlichen Schmiede und dem benachbarten Museumsgarten eine für die Kulturgeschichte Schwieberdingens herausragende Einheit bildet. Aus diesem Grund gilt es die historische Bausubstanz des gesamten Ensembles für die Nachwelt und den Museumsbetrieb zu erhalten. Die Idee mit dem Sanierungsprogramm kommt daher auch hierfür zur rechten Zeit und wird aus unserer Sicht hoffentlich von Seiten des Landes bewilligt.

Für die ABG-Fraktion, gemeinschaftlich verfasst von:

Michaela Reinold, Mark Schachermeier, Andreas Streit